Schweizer Friedensinitiative

Briefing zu Bergkarabach im US-Kongress

Die Ausführungen von zwei Nationalräten zur Schweizer Friedensinitiative für Bergkarabach stossen in Washington, D.C. auf grosses Interesse.
Quelle: CSI

Am 8. Juli fand im Kongress in Washington, D.C. ein Briefing der Schweizer Friedensinitiative für Bergkarabach statt. Die Delegation zeigte die Chance für die USA auf, nach 37 Jahren Krieg zum Frieden im Südkaukasus beizutragen.

«Ist die US-Regierung der Meinung, dass ein gerechter und dauerhafter Frieden im Südkaukasus – einer Region von wachsender geopolitischer und wirtschaftlicher Bedeutung – auf ethnisch-religiöser Säuberung aufgebaut werden kann?» Diese Frage stellte Dr. John Eibner, internationaler Präsident von CSI, am 8. Juli 2025 im überfüllten Saal des «Rayburn House Office Buildings» in Washington, D.C. Eibner weiter: «Lautet die Antwort Nein, dann sollte die USA die Schweizer Friedensinitiative unterstützen.»

Zum Hintergrund: 2023 blockierte Aserbaidschan das von Armeniern bevölkerte Bergkarabach neun Monate lang. Dann startete es eine militärische Offensive, die zur Vertreibung der gesamten Bevölkerung von fast 120‘000 armenischen Christen führte. Bereits im Krieg 2020 waren 30‘000 Armenier aus Bergkarabach vertrieben worden.

Vontobel: «Risiko einer neuen Eskalation»

Im März dieses Jahres hatte die Vereinigte Bundesversammlung in Bern eine Motion zur Einberufung eines internationalen Friedensforums zwischen Aserbaidschan und Vertretern der vertriebenen Armenier angenommen. Ziel der Motion ist das Aushandeln von Rahmenbedingungen für die sichere Rückkehr der Vertriebenen.

Nationalrat Erich Vontobel (EDU, ZH), der den Vorstoss eingebracht hatte, berichtete in Washington, D.C. von Begegnungen mit Geflüchteten, die er 2024 auf seiner Armenienreise traf. Sie baten ihn: «Bitte tun Sie etwas, damit wir zurückkehren können.» Eine Frau habe ihm ein Video ihres Hauses gezeigt, das inzwischen von einer anderen Familie bewohnt werde. «Dieser Anblick brach mir das Herz. Da wusste ich, dass ich handeln muss.»

Unter Verweis auf US-Aussenminister Marco Rubio machte Vontobel darauf aufmerksam, dass «ein echtes Risiko einer neuen Eskalation zwischen Aserbaidschan und Armenien» bestehe. In Südarmenien hätten ihm Einheimische ihre Angst geschildert, dass nach dem Fall von Bergkarabach auch ihre Region bedroht sei. «Wenn wir die Augen vor dem verschliessen, was in Karabach geschehen ist, wird Aserbaidschan meinen, dass es so etwas ohne Konsequenzen tun kann», warnte Vontobel. Die Schweiz sei in der Lage, ein Friedensforum umzusetzen. Vontobel: «Was wir jetzt brauchen, ist breite internationale Unterstützung – vor allem von den USA.»

Reimann: «Seltenes Zeichen der Einigkeit»

Nationalrat Lukas Reimann (SVP, SG) erklärte, die von Aserbaidschan unterstützte «staatlich organisierte Aushungerung und militärische Gewalt, die an den Völkermord an den Armeniern erinnert», habe grosse Bestürzung in der Schweiz ausgelöst. Er betonte, dass die Friedensinitiative parteiübergreifende Unterstützung aller zehn Parteien in der Bundesversammlung erfahren habe. Dies sei «ein äusserst seltenes Zeichen der Einigkeit». Reimann versicherte: «Wir können und werden nicht akzeptieren, dass diese Familien nicht in ihre Heimat

zurückkehren dürfen.» Die Schweizer Friedensinitiative stärke das Völkerrecht, wirke deeskalierend und signalisiere, dass ethnische Vertreibungen nicht einfach hingenommen werden.

Oskanian: «Sie wollen einfach nach Hause»

Der ehemalige armenische Aussenminister Vartan Oskanian, Vorsitzender des Komitees zum Schutz der Grundrechte des Volkes von Bergkarabach, erinnerte an die Geschichte von Bergkarabach: «Dieses Gebiet war während Jahrhunderten von Armeniern bewohnt. In den letzten 30 Jahren führten die Armenier dort volle Selbstverwaltung und ein demokratisches Leben.» Gleichwohl, so Oskanian, hätten sich die Karabach-Armenier «mit den neuen Realitäten abgefunden». Sie strebten keine Rückkehr zum früheren Status quo an: «Sie wollen einfach nach Hause.»

Oskanian räumte ein, dass die USA Aserbaidschan auf vielen Ebenen als Partner betrachteten. Doch geopolitische Überlegungen rechtfertigten nicht das Schweigen zur Vertreibung von 150‘000 Menschen. Oskanian: «Das sendet ein falsches Signal und schafft einen gefährlichen Präzedenzfall.» Mit amerikanischer Unterstützung könne die Schweizer Initiative die Rückkehr der aus ihrer Heimat Vertriebenen ermöglichen.

Trumps Versprechen

Nationalrat Erich Vontobel unterstrich, dass die Schweizer Friedensinitiative weder Sanktionen noch eine Intervention verlange: «Sie fordert einen Tisch, einen Ort für den Dialog – unter Einbezug der Vertriebenen.» Im US-Wahlkampf 2024 versprach der jetzige Präsident Donald Trump, die ethnische Säuberung der Christen in Bergkarabach zu beenden. «Die Schweizer Friedensinitiative bietet den USA die ausgezeichnete Möglichkeit, das Versprechen von Präsident Trump einzulösen und damit zu einem dauerhaften Frieden beizutragen, der den USA und allen Völkern der Region zugutekommt, unabhängig von ihrer ethnischen oder religiösen Identität», unterstrich John Eibner.

Das Briefing vom 8. Juli gehörte zum Programm der Reise einer Schweizer Delegation zu politischen Entscheidungsträgern in Washington, D.C.

Zum Thema:
Kaukasus-Region: Kirchen besorgt um Situation in Bergkarabach
«Krieg verhindern»: Schweizer Friedensinitiative für Bergkarabach gegründet
Schweiz setzt wichtiges Zeichen: Ständeratskommission unterstützt

Friedensforum für Bergkarabach

Datum: 16.07.2025
Quelle: Stiftung CSI-Schweiz

Tags
Christen in der Gesellschaft
Kirchen und Werke
Amerika
Politik